

1934 - 1945

Der **SOZIALISTISCHE** **KÄMPFER**

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nummer 7/8/9

Juli/August/September 1983

5 Schilling

Freiheit für Chile



10 Jahre Faschismus

10 Jahre Solidarität mit Chile in Österreich

Als am 11. September 1973 die Nachricht vom faschistischen Putsch in Chile und von der Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Allende die Welt erschütterte, löste sie eine Welle der internationalen Solidarität aus.

Die österreichische Chile-Solidaritätsfront verstand sich vom Tag ihrer Gründung an als Teil dieser internationalen Bewegung, und sie betonte ihren überparteilichen Charakter. Alle Antifaschisten, ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit, sollten gemeinsam die faschistische Junta bekämpfen, die Wahrheit über die Verhältnisse in Chile verbreiten und den chilenischen Flüchtlingen, die in Österreich Asyl gefunden hatten, helfen.

Das war im wesentlichen – verkürzt wiedergegeben – das Programm der Chile-Solidaritätsfront.

Nach 10 Jahren sollte die Frage gestellt werden: War dieser Weg des überparteilichen Kampfes für die Solidarität mit Chile richtig?

Es darf nicht vergessen oder verschwiegen werden, daß es in den Anfängen der Chile-Solidaritätsfront nicht geringe Schwierigkeiten gab, vor allem für die der SPÖ angehörenden Funktionäre. Führende Mandatäre erklärten damals, natürlich seien auch sie für die Solidarität mit Chile, aber doch nicht gemeinsam mit den Kommunisten. Die in der Chile-Solidaritätsfront tätigen Sozialisten waren gut beraten, trotz dieser innerparteilichen Schwierigkeiten an dem Grundsatz der antifaschistischen Überparteilichkeit festzuhalten. In Wirklichkeit ging es dabei nicht bloß um die Kommunisten, sondern auch um andere, zum Beispiel christliche Gruppen, die zum gemeinsamen Kampf bereit waren.

Bei den sozialistischen Freiheitskämpfern, die zu jenen Organisationen gehören, die die Chile-Solidaritätsfront mitbegründet haben, spielten auch die eigenen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus eine wesentliche Rolle, haben doch sozialistische Freiheitskämpfer gemeinsam mit Angehörigen anderer politischer und weltanschaulicher Gruppen gegen Hitler Widerstand geleistet.

Nach 10 Jahren stellen wir uns auch die Frage: Wann war der Kampf der Chile-Solidaritätsfront am schwierigsten?

Die Antwort dürfte lauten: Mitte und Ende der siebziger Jahre, als sich die Herrschaft der Junta scheinbar stabilisiert hatte, Chile aus den Schlagzeilen der Zeitungen verschwand, aber dafür im Wirtschaftsteil der bürgerlichen Presse begeisterte Berichte über den Wirtschaftsaufschwung unter Pinochet erschienen. Da gleichzeitig andere weltpolitische Ereignisse die Menschen bewegten, ließ das Interesse an der Solidarität mit Chile nach. Großveranstaltungen waren kaum mehr möglich, und manche, die anfangs begeistert mitgearbeitet hatten, zogen sich zurück.

Gerade in dieser kritischen Situation hat sich die Chile-Solidaritätsfront bewährt. Es zeigte sich, daß ein harter Kern, vor allem von Vertretern der Jugendorganisationen, nicht resignierte, sondern die Solidaritätsarbeit auch unter ungünstigen Bedingungen fortsetzte. Damals wurde bei den Veranstaltungen die Parole ausgegeben: „Wir dürfen uns

an das Unrecht, das dem chilenischen Volk angetan wird, nicht gewöhnen.“

Solidarität mit Lateinamerika

Die Chile-Solidaritätsfront hat in der letzten Zeit eine bedeutende Wandlung durchgemacht. Ohne das Engagement für Chile zu vernachlässigen, wird immer stärker die gesamte Entwicklung in Süd- und Zentralamerika in die Solidaritätsarbeit einbezogen. Anders ausgedrückt: Die Solidarität mit Chile wird ergänzt durch die Solidarität mit allen lateinamerikanischen Völkern, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen.

Eine entscheidende Rolle spielte der Sieg des Volkes in Nicaragua über die von den USA unterstützte Somoza-Diktatur. Die Chile-Solidaritätsfront nahm an allen Aktionen für Nicaragua teil und sah im Nicaragua-Komitee keine Konkurrenz, sondern einen wertvollen Bundesgenossen.

In diesem Zusammenhang sollte heute an die großartige Rede erinnert werden, die Präsident Allende am 4. Dezember 1972 vor der UNO-Generalversammlung in New York gehalten hat.

Er sagte damals über die Rolle der multinationalen Konzerne: „Wir haben es mit einer direkten Konfrontation der großen supranationalen Gesellschaften und der Staaten zu tun. Die Staaten werden in ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Grundentscheidungen von globalen Organisationen behindert, die von keinem Staat abhängig sind und die bezüglich ihrer Tätigkeit keinem Parlament und keiner internationalen Organisation verantwortlich oder rechenschaftspflichtig sind. Diese Geldsäcke haben kein Vaterland. Sie interessiert es nur, wo sie Profit herauschlagen können. Dieser Satz stammt nicht von mir, ihn hat Jefferson einmal gesagt. Aber die großen supranationalen Gesellschaften handeln nicht nur gegen die ureigensten Interessen der Entwicklungsländer, sondern ihre unkontrollierte Unterdrückungspolitik richtet sich ebenso gegen die Industriestaaten, in denen sie sich niedergelassen haben. Das kam kürzlich sogar in vom amerikanischen Senat angestellten Untersuchungen in Europa und den Vereinigten Staaten zutage. Vor dieser Gefahr sind die entwickelten Völker nicht sicherer als die unterentwickelten. Das ist eine Erscheinung, die bereits den wachsenden Widerstand der organisierten Werktätigen einschließlich der großen Gewerkschaftsverbände in der Welt hervorgerufen hat. Einmal mehr steht die internationale Solidarität der Werktätigen einem gemeinsamen Feind gegenüber, dem Imperialismus.“

Die Chile-Solidaritätsfront handelt daher in voller Übereinstimmung mit Allende, wenn sie die Solidarität mit allen Völkern, die gegen diesen Imperialismus kämpfen, in den Mittelpunkt stellt.

Die Perspektiven der Chile-Solidaritätsfront

In Chile hat eine neue entscheidende Etappe des Freiheitskampfes begonnen. Das Elend der chilenischen Massen ist unerträglich geworden. Auch der

Fortsetzung auf Seite 4

Chile 1983:

Zehn Jahre Faschismus

Am 11. September 1973 gelang es den chilenischen Militärs, mit Unterstützung des Bürgertums, der nationalen Unternehmer und Großgrundbesitzer, der multinationalen Konzerne und des nordamerikanischen Geheimdienstes CIA, die demokratisch gewählte Regierung niederzuschlagen und eine der blutigsten Diktaturen zu errichten, die es in Südamerika je gegeben hat. Der sozialistische Präsident, Salvador Allende, wurde brutal ermordet, die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung in Lateinamerika für viele Jahre verschüttet.

Unzählige chilenische Demokraten mußten ihre Heimat verlassen, Konzentrationslager und Folterzentren wurden errichtet, Tausende wurden ermordet oder gelten bis heute als vermißt.

In aller Welt kam es zu Solidaritätskundgebungen gegen die faschistische Militärjunta, organisierte sich die Unterstützung des chilenischen Widerstandes.

In den letzten Wochen und Monaten ist Chile wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Der Opposition ist es gelungen, sich immer besser zu organisieren. Trotz aller Unterdrückung haben immer mehr Menschen den Mut, offen gegen das faschistische Regime aufzutreten. Immer mehr Menschen beteiligen sich an nationalen Protestaktionen und Streiks. Den im Untergrund wirkenden demokratischen Parteien und Gewerkschaften ist es gelungen, die Massen für den Widerstand zu mobilisieren. In aller Öffentlichkeit wird die Rückkehr zur Demokratie und die Abhaltung von Wahlen gefordert.

Das Versagen der Regierung Pinochet wird auf allen Gebieten deutlich. Der wirtschaftliche Bankrott ist offenkundig. Das Regime wird immer wieder zu Rückziehern gezwungen. Dennoch geben alle diese Ereignisse nur Anlaß zu einem vorsichtigen Optimismus. Zugleich mit der immer massiver werdenden Formierung des Widerstandes gibt es trotz allem einen neuerlichen Höhepunkt der Repression in Chile.

So berichtet die chilenische Menschenrechtskommission, daß aus Anlaß des ersten nationalen Protesttages im Juni 1983 fünf Personen durch Polizeiangehörige oder sie begleitende bewaffnete Zivi-

listen ermordet wurden. In 13 Fällen wurde bekannt, daß Angehörige des chilenischen Geheimdienstes CNI gefangene Gewerkschaftsführer gefoltert hatten. Allein im Juni dieses Jahres wurden 1466 Personen verhaftet, das sind mehr Verhaftungen als in den jeweils ersten sechs Monaten der vergangenen Jahre. Im ersten Halbjahr 1983 wurden dreimal so viele Menschen festgenommen als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Die Verfolgung richtet sich gegen die Führer der Protestaktionen. Die Presse erhielt strengen Auftrag, die Informationen über die gegenwärtige Lage einzuschränken. Studenten und Universitätsprofessoren wurden strenge Disziplinarmaßnahmen angedroht, falls sie sich Protestaktionen anschließen sollten. Unter den Verhafteten befinden sich auch zahlreiche Studenten und Professoren.

Ablenkungsmanöver

Seit Dezember 1982 werden laufend Listen mit Namen von im Exil lebenden Chilenen publiziert, die offiziell die Erlaubnis zur Rückkehr nach Chile erhielten. Allerdings finden sich in diesen Listen keine Namen von Personen, die von der Junta ausgewiesen worden waren, und auch keine Namen ehemaliger politischer Häftlinge, denen nach ihrer Freilassung die Ausreise aus Chile gelungen war. Von Dezember 1982 bis Juni 1983 erhielten 561 Personen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Chile.

Zur Herausgabe von Büchern wurde die Zensur – allerdings mit Einschränkungen – aufgehoben. Autoren, deren Denkweise von der politischen Autorität abgelehnt wird, haben mit Sanktionen zu rechnen.

Mit allen Mitteln versucht die faschistische Regierung von ihren Problemen abzulenken. In diesem Zusammenhang ist auch der Plan eines möglichen Militärbündnisses mit England für eventuelle Aktionen im südlichen Atlantik gegen Argentinien zu sehen. Es ist daran gedacht, in Süd-Chile, in Punta Arenas, einen englischen Militärstützpunkt zu errichten.

Zur wirtschaftlichen Situation Chiles

Die katastrophale Wirtschaftspolitik der Militärregierung hat Chile zu einem der am meisten verschuldeten Länder gemacht. Die Schulden betragen heute 18.000 Millionen US-Dollar. Die internationalen Banken gewährten Darlehen. Die Sicherstellung erfolgte durch Aufnahme von Hypotheken auf nationales Territorium und nationale Güter.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Chile im Juni 1983 fast 1,300.000 Menschen, das sind 34,28 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. 19,8 Prozent dieser Arbeitslosen erhalten keinerlei Unterstützung und haben nicht einmal die Möglichkeit zu Gelegenheitsarbeiten.

Das Bauwesen ist am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Entstanden zur Zeit der Regierung Allendes Wohnbauten und Siedlungen für die ärmsten Sektoren der Bevölkerung, um sie aus den Elendsvierteln der Stadtränder in menschenwürdige Wohnungen zu bringen, so entstehen heute nur Wohnpaläste für die Minderheit der Reichen und lu-

Fortsetzung auf Seite 4

Verhaftungen aus politischen Gründen in den ersten sechs Monaten der Jahre 1979 bis 1983. (Aus: Comisión Chilena de Derechos Humanos, Informe No. 18, Situation der Menschenrechte in Chile, Juni 1983.)

	1979		1980		1981		1982		1983	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Jänner	25	50	17	—	61	—	35	89	26	2
Februar	7	—	5	—	53	—	20	30	20	129
März	29	30	25	144	115	—	44	398	65	309
April	17	63	68	—	61	—	38	—	59	68
Mai	28	469	126	57	50	239	22	130	42	638
Juni	28	—	17	150	35	—	31	—	55	1411
Gesamt:	746		609		614		837		2878	

A = Einzelverhaftungen
B = Massenverhaftungen

In diesen Zahlen sind die Festnahmen anlässlich von Polizeirazzien oder auf Grund des nicht Einhaltens des nächtlichen Ausgehverbotes nicht enthalten.

Fortsetzung von Seite 3

xuriöse Einkaufszentren, die zum Scheitern verurteilt sind, da durch die Verelendung der Bevölkerung die Kaufkraft gesunken ist. Bereits beste-

Die Arbeitslosigkeit verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen Berufszweige:

Manufaktur-Industrie	21,5 Prozent
Bauwesen	41,9 Prozent
Handel	16,1 Prozent
Transport und Verkehr	19,0 Prozent
Bankangestellte	16,3 Prozent
Öffentliche, soziale und persönliche Dienstleistungen	11,6 Prozent

(Quelle: Comision Chilena de Derechos Humanos, Informe No. 18, Situation der Menschenrechte in Chile, Juni 1983.)

hende Wohnbauten werden nicht instand gehalten. Sanitäre Einrichtungen verfallen. In der Hauptstadt Santiago haben 150.000 Häuser keine Stromversor-

gung mehr. 149.000 Wohnungen sind nicht mit Trinkwasser versorgt. 20 Personen erfroren im Wintermonat Juni 1983 in Chile, weil sie mangels Unterkunft im Freien übernachten mußten.

Der Verlust des Realeinkommens betrug in Chile in den Monaten Jänner bis März 1983 1,9 Prozent. Dieser Zahl ist der Realverlust von 15 Prozent im Jahr 1982 hinzuzufügen. Die Inflation betrug in den Monaten Jänner bis März 1983 3,8 Prozent.

Die Verelendung der chilenischen Bevölkerung führt dazu, daß die Unzufriedenheit wächst. Bevölkerungsschichten, die den Militärputsch unterstützt hatten und früher auf der Seite Pinochets standen, sind heute enttäuscht und schließen sich den Protestaktionen an.

Mit der Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Chile, mit dem Wachsen des Widerstandes gegen die Diktatur ist die internationale Solidarität heute nötiger denn je. Ob eine Rückkehr zur Demokratie in Chile in absehbarer Zeit möglich sein wird, hängt nicht zuletzt auch von unserer solidarischen — ideellen und materiellen — Unterstützung ab.

„Ich glaube an Chile und seine Zukunft“

Die letzte Rede Salvador Allendes, Santiago, 11. September 1973

Mitbürger, dies wird höchstwahrscheinlich die letzte Gelegenheit sein, daß ich mich an Sie wenden kann. Die Luftwaffe hat die Sendetürme von Radio Portales und Radio Corporación bombardiert. Meine Worte enthalten keine Bitterkeit, jedoch Enttäuschung. Sie werden die moralische Strafe sein für diejenigen, die ihren Schwur gebrochen haben. Soldaten Chiles! Ernannte Oberbefehlshaber, Admiral Merino, der sich selbst ernannt hat, der Herr Mendoza, dieser niederträchtige General, der noch gestern der Regierung seine Treue und Ergebenheit bekundete und sich heute zum Generaldirektor der Carabineros ernannt hat!

Fortsetzung von Seite 2

Widerstand gegen die Diktatur hat sich geändert. Wurde er früher vor allem von den Linksparteien, Teilen der Gewerkschaft und der Kirche getragen, so ist er breiter und tiefer geworden. Auch kleinbürgerliche Schichten, die noch vor kurzem das Regime unterstützten, stehen heute in offener Opposition.

Die Chile-Solidaritätsfront sieht 10 Jahre nach ihrer Gründung ihre Hauptaufgabe darin, diesen immer stärker werdenden Widerstand zu unterstützen. Aber die Perspektive der Chile-Solidaritätsfront reicht über das konkrete Ziel — Sturz der Militärjunta — hinaus.

Das Beispiel Nicaragua hat uns gezeigt, daß ein lateinamerikanisches Land selbst nach einer siegreichen Revolution und dem Sturz der Diktatur weiter gefährdet ist durch die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus.

Die Solidarität mit Chile wird daher aktuell bleiben, auch wenn Pinochet gestürzt und die Demokratie wiederhergestellt ist.

Die Chile-Solidaritätsfront mußte daher heute gegründet werden, wenn sie nicht schon seit 10 Jahren bestünde.

(Artikel von Josef Hindels, veröffentlicht im „Bulletin der Chile-Solidaritätsfront“, Nr. 38.)

Angesichts dieser Tatsachen bleibt mir nichts anderes, als vor den Werktätigen zu bekräftigen:

Ich werde nicht zurücktreten. In eine Periode historischen Übergangs gestellt, werde ich die Treue des Volkes mit meinem Leben entgelten. Und ich sage Ihnen, ich habe die Gewißheit, daß die Saat, die wir in das würdige Bewußtsein Tausender und Abertausender Chilenen gepflanzt haben, nicht herausgerissen werden kann. Sie haben die Gewalt, sie können uns unterjochen, aber die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte ist unser, sie wird von den Völkern geschrieben.



Werktätige meines Vaterlandes, ich danke Ihnen für die stets bekundete Treue, für das Vertrauen, das Sie in einen Mann gesetzt haben, der nur die Verkörperung der Sehnsucht nach Gerechtigkeit war, der sein Wort gab, Verfassung und Gesetze zu achten — und der das tat.

In diesem entscheidenden Moment, dem letzten, in dem ich mich an Sie wenden kann, mögen Sie diese Lehre beherzigen: Das Auslandskapital, der Imperialismus vereint mit der Reaktion, schufen das Klima, damit die Streitkräfte mit ihrer Tradition brachen, die sie General Schneider lehrte und die Comandante Araya bekräftigte. Sie wurden Opfer des gleichen sozialen Sektors, der heute darauf lauert, die Macht mit fremder Hilfe zurückzuerobern, um so seinen Besitz und seine Privilegien

Kirche ist nicht Religion

Die Veranstalter des Katholikentages und des Papstbesuches sprechen viel von der Türkenbefreiung. Aber vor 300 Jahren hat die Geschichte Österreichs nicht aufgehört. Es muß daher die Frage gestellt werden: Wie hat sich die katholische Kirche vor 50 Jahren verhalten, als in Österreich die Demokratie demontiert wurde? Was haben die Kirche und der Vatikan gegen die zwei faschistischen Diktaturen 1934 bis 1945 unternommen? Die Antwort ist durch Dokumente belegt: Die katholische Kirche und der Vatikan standen auf der Seite des Faschismus. Es ist keine Beleidigung des Papstes, diese geschichtliche Wahrheit festzustellen. Gastfreundschaft verpflichtet nicht zur Lüge.

Von kirchlicher Seite wird oft eingewendet, daß an dieser Haltung der Kirche auch die Sozialdemokraten schuld waren, die damals einen Kampf gegen die Religion führten. Aber das entspricht nicht den Tatsachen. Im Linzer Programm der österrei-

zu verteidigen. Ich wende mich vor allem an die einfache Frau unseres Landes, an die Bäuerin, die an uns glaubte, an die Arbeiterin, die noch mehr schuf, an die Mutter, die um unsere Sorge um die Kinder wußte, ich wende mich an die Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unseres Landes, an alle die Patrioten unter ihnen, die seit Tagen gegen die Verschwörung der Berufsverbände arbeiten, jener Klassenverbände, die nur die Vorteile, die die kapitalistische Gesellschaft einigen wenigen einräumt, verteidigen. Ich wende mich an die Jugend, an die, die sangen, die sich mit Fröhlichkeit und Kampfgeist einsetzten. Ich wende mich an die Männer Chiles, die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, an diejenigen, die verfolgt sein werden, denn in unserem Lande wütet der Faschismus schon seit vielen Stunden mit vielen Terroranschlägen, sprengt Brücken, blockiert Eisenbahnlinien und zerstört Öl- und Gasleitungen. Dem steht das Schweigen derjenigen gegenüber, die die Verpflichtung gehabt hätten, dagegen vorzugehen. Die Geschichte wird sie richten. Sicherlich wird Radio Magallanes zum Schweigen gebracht, und der ruhige Klang meiner Stimme wird nicht zu Ihnen gelangen. Das macht nichts. Sie werden mich weiter hören. Ich werde immer unter Ihnen sein, zumindest die Erinnerung an mich, an einen würdigen Menschen, der der Sache des werktätigen Volkes die Treue hielt.

Das Volk soll sich verteidigen, aber es soll sich nicht opfern. Das Volk darf sich nicht unterjochen und quälen lassen, aber es kann sich auch nicht erniedrigen lassen.

Werkstätige meines Vaterlandes, ich glaube an Chile und seine Zukunft. Andere nach mir werden auch diese bitteren und dunklen Augenblicke überwinden, in denen der Verrat versucht, sich durchzusetzen. Sie sollen wissen, daß eher früher als später wahre Menschen auf breiten Straßen marschieren werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen.

Es lebe Chile! Es leben die Werktätigen! Es lebe das Volk! Das sind meine letzten Worte. Ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht umsonst sein wird. Ich habe die Gewißheit, daß es zumindest eine moralische Lektion sein wird, die die Feigheit und den Verrat strafen wird.

chischen Sozialdemokratie war der Grundsatz verankert: Religion ist Privatsache. Und die österreichische Sozialdemokratie hat sich daran gehalten. Es gab in ihren Reihen Freidenker ebenso wie religiöse Sozialisten.

Otto Bauer hat wiederholt auf den Unterschied zwischen Religion und Kirche hingewiesen. Die Kirche müsse bekämpft werden, wenn sie sich in die Tagespolitik einmischt und Partei ergreift für die schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung. Die religiösen Gefühle gläubiger Menschen hingegen sind zu respektieren.

Kardinal Innitzer hat mitgeholfen, die austrofaschistische Diktatur zu errichten. Er hat den Einmarsch Hitlers 1938 begrüßt und angeordnet, daß alle Kirchen Hakenkreuzfahnen hissen müssen. Andererseits haben christliche Widerstandskämpfer ihr Leben im Kampf gegen Hitler geopfert. Auch an diesem Beispiel zeigt sich der Unterschied zwischen Kirche und Religion.

Wenn wir über die Rolle der Kirche in der Vergangenheit nicht schweigen, so geschieht das auch deshalb, weil der Papst sich in der Gegenwart in Lateinamerika ähnlich verhält. Er nimmt gegen den Freiheitskampf der Völker Stellung und tadelt jene Priester, die auf der Seite des Volkes stehen und unsere Anerkennung und Solidarität verdienen.

Auch während des Papstbesuches in Österreich gehen die Vorbereitungen für die große Friedensdemonstration am 22. Oktober weiter. An dieser Demonstration werden auch viele Christen und christliche Organisationen teilnehmen. Im Mittelpunkt steht der Protest gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Europa. Es ergeht daher an den Papst der eindringliche Appell, er möge vom Boden des neutralen Österreich aus gegen die geplante Raketenstationierung und für eine Politik des Friedens Stellung nehmen.

(Aus einer Rede, die Genosse Josef Hindels am 10. September 1983 bei einer Veranstaltung der Sozialistischen Jugend Wiens gehalten hat.)

Erinnerungen

Viele Zeugen der Zeit haben ihre Erinnerungen an die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen sowie an die Zeit des Nationalsozialismus aufgeschrieben. Das Interesse an Zeitgeschichte ist in den letzten Jahren gewachsen, und diese Beiträge vermitteln ein gutes Bild über die politische Situation in Österreich. Wir ersuchen, schriftliche Beiträge, Erinnerungen oder Autobiographien an das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Altes Rathaus, Wipplingerstraße 8, Stiege 3, 1. Stock, zu senden.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet: *Ruth Contreras, Hubert Friesenbichler, Josef Hindels, Leo Lesjak, Rudolfine Muhr, Hans Waschek.*

Marzabotto darf nicht vergessen werden!

Niederösterreichische Sozialisten und Freiheitskämpfer bereisten in diesem Sommer die schöne Toskana, die Perle Italiens, und statteten dabei der kleinen Gemeinde Marzabotto einen Besuch ab.

Bekanntlich war das italienische Volk das erste Opfer der faschistischen Diktatur und mußte fast zwei Jahrzehnte in Unterdrückung leben. Aber auch noch in den letzten Kriegsmonaten bekamen die Regimegegner die ganze Brutalität des Nazifaschismus zu spüren. Die Arbeiter von Marzabotto leisteten Widerstand. Die Opfer waren groß!

Heute kündigt eine fast unscheinbare Tafel an der Kirchenmauer der Nachwelt, welche hohen Blut- zoll diese kleine Gemeinde im Kampf um die Freiheit zu zahlen hatte:

1830 Tote!

Vor dem schlichten Gedenkstein legten die Freiheitskämpfer im Beisein des Bürgermeisters von Marzabotto einen Kranz nieder. In seiner Gedenk- rede sagte Landesverbandsobmann Leo Lesjak un- ter anderem:

„Wir Freiheitskämpfer haben in den vergange- nen Jahren in Ost und West, in Nord und Süd der Millionen Opfer des Faschismus und des Krieges gedacht. Wir legten in den ehemaligen Konzentra- tionslagern Kränze nieder und standen erschüttert an den Gedenkstätten von Lidice und Oradour. Heute verneigen wir uns vor den Opfern von Marza- botto. Schließen wir kurz die Augen und lassen wir die Ereignisse vor 39 Jahren im Geiste an uns vor- beiziehen. Als bereits klar war, daß der Krieg von Deutschland nicht gewonnen werden kann, kam es auch in Mittelitalien zum Widerstand unter der Be- völkerung, der ein Massaker durch die Nazis zur Folge hatte. Vom 29. September bis 1. Oktober 1944 hat hier die SS Hunderte unschuldige Menschen, meist Frauen, Kinder und Greise, getötet.“

Wunsch nach Partnerschaft

In einem anschließenden Gespräch mit den Rei- seteilnehmern aus Österreich gab der Bürgermei- ster von Marzabotto in deutscher Sprache sein In- teresse bekannt, mit einer österreichischen Ge- meinde, die ähnlich wie Marzabotto eine kleine In- dustrie oder womöglich eine Papierfabrik hat, in partnerschaftliche Beziehungen zu treten.

Was wissen wir schon über Marzabotto?

Zirka 20 km von Bologna entfernt, auf der Straße nach Porrettana, die in die Toskana führt, er- hebt sich am linken Ufer des Flusses Reno die Stadt Marzabotto, die frühere Etruskerstadt Misa.

Auf der Bologna zu gerichteten Seite, am Zusam- menfluß des Reno und der Selta, liegt eine etwa 1000 m hohe Hochebene, die, fast ein Dreieck bil- dend, ihren Scheitelpunkt gegen Norden, seitlich der beiden Flüsse, hat. Es ist dies ein weites, wald- reiches Gebiet, das zu den drei Gemeinden Marza- botto, Monzuno und Grizzana gehört. Eingeengt von steilen Felsen und grünen Wäldern, hat die dortige Bevölkerung den Kampf der Unterdrückung vorge- zogen. 14 Monate lang ertrug sie die Überheblich- keit der deutschen Besatzung, der es nicht gelang, den Stolz der Männer zu brechen, die sich auf den schroffen Gipfeln des Monte Vener und des Monte Sole verschanzt hatten.

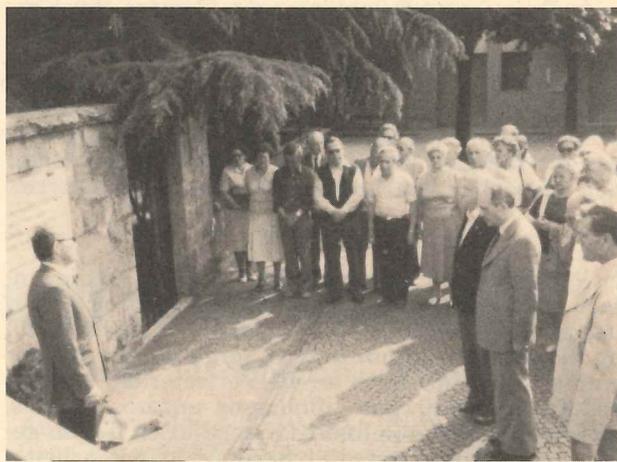
Im Jahre 1944 konzentrierten sich die Razzien der Nazifaschisten auf die kleinen Orte und auf ein- same Gehöfte in der waldreichen und von Schluch-

ten durchzogenen Hochebene — also auf den Sitz der Partisanenbrigade „Stella Rossa“.

Warum war gerade hier die Bevölkerung so ak- tiv gegen den Faschismus?

Wegen unzureichender Industrialisierung blieb dieses Gebiet lange Zeit arm und unterentwickelt. Die Bevölkerung neigte dazu, den neuen Sozialtheo- rien zu folgen und sich in Arbeiterorganisationen zusammenzuschließen.

Als der Faschismus aufkam, war Amadeo Ne- rozzi Bürgermeister von Marzabotto, der aber spä-



Im Beisein des Bürgermeisters von Marzabotto le- gen österreichische Freiheitskämpfer vor dem Ge- denkstein einen Kranz nieder.

(Foto: Winter)

ter gezwungen wurde auszuwandern. Er fiel im spa- nischen Bürgerkrieg im September 1938.

Andere Antifaschisten in der engeren Heimat organisierten den Widerstand. Im Spätsommer 1943 entstand auf der Hochebene die Partisanenbrigade „Roter Stern“. In demselben Gebiet war das G.A.P.- Bataillon „E. Rovinetti“ im Einsatz, welches der 7. Brigade G.A.P. von Bologna angeschlossen war.

Ein Jahr später trafen die deutschen Truppen eine große Gegenaktion. Schon im Morgengrauen des 29. September 1944 durchkämmten sie diese Zone und stießen dabei auf die Partisanen des „Ro- ten Sterns“. SS-Major Walter Reder vom SS-Batail- lon „Reichsführer“ ließ unter dem Schutz von Artil- lerie, Granatwerfern, Flammenwerfern und Panzern angreifen. Gleichzeitig beschloß ein Panzerzug auf der Bahnstrecke Bologna—Florenz die Berggipfel. Es war ein Inferno!

Mario Musolesi, Kommandant des „Roten Sterns“, fiel als einer der ersten. Die Partisanen lei- steten bis 17 Uhr den massiven Angriffen Wider- stand, dann wurden sie überrannt. Sie verstreuten sich in den Bergen, wo sie noch in kleinen Gruppen bis zum 8. Oktober Widerstand leisteten.

Nach und nach — so wie die Nazifaschisten durch die Felder und Schluchten der Hochebene vordrangen — kämmten sie die Häusergruppen, die einsamen Gehöfte, Gräben und das Dickicht durch, legten Feuer, vergewaltigten, töteten und zerstör- ten. Die Tage vom 29. September bis zum 1. Oktober 1944 waren ein pausenloser Zeitraum des intensi- ven Mordens. Das Vorstellungsvermögen reicht nicht aus, um sich ein Bild von dem zu machen, was damals die Nazifaschisten mit den alten Menschen, den Frauen und Kindern taten. Sie trieben sie in Kirchen, Friedhöfen, Ställen und Häusern zusam-

men und richteten mit Flammenwerfern und Maschinengewehren ein grausames Blutbad an.

Und nicht einmal damit gaben sie sich zufrieden, denn sie legten überall Minen, und das sogar unter die aufgehäuften Leichen, so daß die Überlebenden, als sie ihre Toten später begraben wollten, in großer Zahl von den explodierenden Minen zerfetzt wurden.

Niemals vergessen

Nach der Befreiung wurde die Anzahl der Niedergemetzelten nach Aushebung von kleinen Grabhügeln und Massengräbern mit 1830 Toten festge-

stellt. In der Gemeinde Marzabotto wurden damals 15 Straßen, 7 Brücken, 4 Stege, 5 Schulgebäude, 2 öffentliche Gebäude, 11 Friedhöfe, 9 Kirchen, 5 Kapellen, 1 Papierfabrik, 1 Reisfabrik, Werkstätten und 800 der insgesamt 934 Privatwohnungen zerstört. In der Nachbargemeinde Grizzano waren es 95 Häuser, 3 Kirchen, 5 Friedhöfe und 2 Brücken, die aus Vergeltungswut vernichtet wurden.

Heute bietet das Gebiet ein friedliches Bild. Die Menschen sind freundlich und aufgeschlossen.

Aber: Die eintausendachtunddreißig Erschossenen und Verbrannten der Hochebene bleiben nicht vergessen.

„Das Dorf an der Grenze“, 4. Teil

„Skandal und Verfälschung“, „unerhörte Beleidigung“, „übles Machwerk“, das waren die Schlagzeilen, die im Sommer dieses Jahres den 4. Teil des Fernsehfilms „Das Dorf an der Grenze“ (Autor: Thomas Pluch, Regie: Fritz Lehner) einleiteten. Sie waren freilich nicht mehr Bestandteil einer Semidokumentation. Produzent war nicht mehr der ORF, sondern die Politiker aller im Landtag vertretenen Parteien, und als Lautsprecher fungierten die Kärntner Zeitungen. Der „Kärntner Heimatdienst“, im Volkstumskampf ansonsten an vorderster Heimatfront kämpfend, konnte diesmal vorerst im Hintergrund bleiben.

Die Welle des Protestes in der veröffentlichten Meinung hatte allerdings erst beim 3. Teil des Films zu rollen begonnen, als Ereignisse ins Bild kamen, die schon Teil der politischen Gegenwart sind: der Ortstafelsturm, die Anti-Kreisky-Kundgebung in Klagenfurt und die „Volkszählung besonderer Art“. Bei der Beurteilung der früheren Filme war man zwar nicht gerade begeistert gewesen, hatte sich aber doch mit einer verhältnismäßig objektiven Kritik begnügt. Besonders beim 2. Teil war die Reaktion des „deutschen Kärnten“ zurückhaltend, da sich hier die Slowenenvertreter unzufrieden zeigten und den Film als historisch nicht zutreffend charakterisierten: Er zeige die Slowenen einseitig als Tito-Anhänger und Kommunisten und reduziere alles auf interne Streitereien. Im 3. Teil aber wurde dargestellt, daß die Geschichte in die Gegenwart reicht und die Vergangenheit nur scheinbar bewältigt ist. Und das war zuviel. Der Landtag verurteilte, die Beschwerdekommision des ORF wurde angerufen, Zensurwünsche wurden laut, eine Pressekampagne begann, und der „Kärntner Heimatdienst“ sammelte Unterschriften, um den „Feinden Kärntens“ endlich das Handwerk zu legen. Das Echo war so gewaltig, daß die Kärntner slowenische Wochenzeitung „Naš tednik“ eine über 200 Seiten starke Dokumentation mit in- und ausländischen Pressestimmen herausbringen konnte (erhältlich bei „Naš tednik“, 9020 Klagenfurt, Viktringer Ring 26).

Viele Kommentatoren in Zeitungen außerhalb Kärntens haben diese Kampagne gegen den Film unverständlich gefunden, als provinzielle Besonderheit. Waren sich doch alle großen politischen Kräfte hier „in einem Punkt einig“, wie „Die Furche“ schrieb: „In ihrer Allergie gegen jede harte Darstellung der Volksgruppenproblematik.“ Andererseits klagte Landeshauptmann Leopold Wagner über das Unverständnis, das der „Kärntner Linie“ anderswo entgegengebracht wird, im besonderen in Wien.

Besonderheiten gibt es in der Tat. Sie können erklären, wie das sogenannte Trauma der deutschsprachigen Bevölkerung entstand, jene Ideologie, die einen aggressiven Nationalismus mit der Bedro-

hung der nationalen Freiheit rechtfertigt. Wirksam konnte sie allerdings nur bleiben, weil sorgsam ausgeklammert wurde, daß die Infragestellung der Grenzen am Ende des Ersten und Zweiten Weltkrieges nicht Ausdruck slawischer Aggressivität war, sondern Folge der Expansionspolitik der Habsburger und dann Hitlers. So beschreibt die Zeile des Kärntner Heimatliedes „Wo man mit Blut die Grenzen schrieb und frei in Not und Tod verblieb“ recht gut das subjektive Gefühl der Abwehrkämpfer, hat aber nichts dazu zu sagen, daß diese objektiv dazu eingesetzt wurden, die Heimat anderer Völker zu überfallen und zu verwüsten.

Der Blick in die Geschichte kann auch die spezielle Haltung der politischen Parteien erklären, die sich von den in der Ersten Republik (und schon vorher) entstandenen Traditionen nicht lösen konnten. Damals hatten in Kärnten die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund dominiert, antiklerikale Parteien, die „Großdeutschland“ auf ihre Fahnen geschrieben hatten, was es den Nazis leicht machte, deren Anhänger für sich zu gewinnen. Die antiklerikale deutschnationale Tradition hatte dann 1945 insofern ihre Auswirkung, als ein größerer Teil der Kärntner Nazi – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – ihre neue politische Heimat nicht in der ÖVP, sondern in der SPÖ fand. Damit konnte sich die SPÖ seit 1945 zwar ihre Mehrheit im Landtag sichern, eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wollte sie aber unter diesen Umständen keinesfalls riskieren – sie hätte ja auch dem Selbstverständnis führender SPÖ-Politiker widersprochen.

Daß Ideologie manchmal auch zur Aktion wird, ist weiter nicht erstaunlich. Das beschränkt sich ja auch nicht auf Kärnten, und zu einer selbstgerechten Mißbilligung der Kärntner „Provinz“ ist deshalb kein Anlaß. Latenter Deutschnationalismus begegnet uns leider in allen Teilen unseres Landes, man muß nur an die Einschätzung und Behandlung der Gastarbeiter-„Tschuschen“ denken.

Der Kärntner Abwehrkampf gegen einen Fernsehfilm hat uns aber wieder einmal sehr drastisch vor Augen geführt, daß problematische Reste der Vergangenheit noch lange nicht verschwunden sind. Und er wies auf Versäumnisse hin, die nicht nur in Kärnten vorhanden sind. Der Proteststurm aus Kärnten zeigt die österreichische Realität und macht darauf aufmerksam, daß etwas nicht verschwindet, wenn man sich blind stellt und nicht darüber spricht. Dieses Halbdunkel aufgehellt zu haben, ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag, den der Film – ob beabsichtigt oder nicht – geleistet hat. Die Diskussion, die er auslöste, kann nur nützlich sein. Sie sollte fortgeführt werden, auch und vor allem in der SPÖ.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

DER HEISSE DRAHT

Information aus erster Hand
Bitte rufen Sie uns an

Wien (0 22 2) **15 16**

Graz (0 31 6) **849**

Innsbruck (0 52 22) **19 56**

Klagenfurt (0 42 22) **195**

Linz (0 73 2) **155**

Salzburg (0 62 22) **194**

SPÖ-Tonbanddienst

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 15. Oktober 1983

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b. Jeden 1. Di.
17 bis 18 Uhr
5, Kohlgasse 27 Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do.
17 bis 18 Uhr
9, Marktgassee 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 96 a. Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 15 bis 16 Uhr
13, Wolkersbergenstr. Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 15 bis 16 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) ... Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 16 bis 18 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Franz-Jonas-Platz 8 Jeden Di. 17 bis 18 Uhr
22, Donauefelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Sekr., Klublokal
(Parterre),
Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 .. Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Jeden 1. Di.
Landespartei sekretariat 11 bis 12 Uhr
Baden, Rathaus Traiskirchen, Jeden 1. Mo.
F. Jirovetz, Sozialreferent 8 bis 9 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Dienstag
Körnerhalle, Rauchsalon 9 bis 11 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
ÖGB-Haus, Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Jeden Mo. und Mi.
Zimmer 3 9 bis 11 Uhr
Steyr, Leopold-Werndl-Straße 10, ... Jeden Do.
15 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 Jeden Di. und Fr.
8 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 18 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirks-
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ... Jeden 1. Freitag
14 bis 16 Uhr